

Frau Dr. Heike Henn
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn

München, 16. Oktober 2020

Sehr geehrte Frau Dr. Henn,

wir wenden uns an Sie in Ihrer Funktion als Mitglied des GCF-Boards und in Sorge um die politische und rechtliche Lage in Nicaragua.

Pro REGENWALD ist seit über zwanzig Jahren in Mittelamerika aktiv und unterstützt in Costa Rica und Nicaragua - auch mit Förderung durch das BMZ - ökologischen Landbau, Ernährungssouveränität, Waldschutz und Ökosystemwiederherstellung mit ländlicher und indigener Bevölkerung.

Seit Beginn der Proteste gegen die Politik der Regierung Ortega im Frühjahr 2018 und der anhaltend gewaltsamen Reaktion der Regierung und ihrer Sicherheitskräfte erleben wir, wie NGOs und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter drangsaliert und bedroht werden und wie immer mehr Menschen aus Nicaragua nach Costa Rica fliehen. Mehrere tausend Menschen haben sich über die Grenze in Sicherheit gebracht und auch in unseren Partnerprojekten sicheren Unterschlupf gefunden. Ihre Erzählungen der politischen Willkür in Nicaragua künden von unsagbarer Gewalt und Ungerechtigkeit des Staatsapparats.

Mit großer Sorge haben wir daher zur Kenntnis genommen, dass die Regierung Nicaraguas beim Green Climate Fund finanzielle Unterstützung für das geplante "Bio-CLIMA"-Projekt beantragt hat. Wir sind gewiss die letzten, die Wald- und Klimaschutzmaßnahmen, die Förderung ökologischer Landwirtschaft und die Stärkung ländlicher und indigener Gemeinschaften ablehnen würden, aber nicht zum Preis, dass man Rechtsstaatlichkeit aufgibt, Willkür und Gewalt gegen die Bevölkerung übersieht und ein durch und durch korruptes System hofiert.

Die Unterdrückung der Zivilgesellschaft und die Verletzung der Menschenrechte sowie des Rechts auf freie Meinungsäußerung haben die Stimmung in der nicaraguanischen Gesellschaft vergiftet und grenzenloses Misstrauen gefördert und wie Michelle Bachelet (OHCHR) bei der 45. Tagung des Menschenrechtsrates erwähnte, "gab es keine Fortschritte bei der Menschenrechtssituation und keine Anzeichen dafür, dass die Regierung die Spannungen und strukturellen Probleme konstruktiv angeht". In diesem wie im letzten Jahr gab es in Nicaragua wiederholt Angriffe gegen die indigene Bevölkerung. Im Februar 2020 betonte das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte den mangelnden Schutz ihrer Rechte und die Straffreiheit für Verbrechen, die in den Regionen, in denen das "Bio-CLIMA-Projekt" durchgeführt werden soll, gegen sie begangen werden. Darüber hinaus drängte das OHCHR vergeblich die nicaraguanische Regierung, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um weitere Gewalt zu verhindern und das Land, die Territorien und die Ressourcen der indigenen Gemeinschaften zu schützen. Dies ist nicht geschehen.

Dass das angestrebte Projekt nun vom Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARENA) durchgeführt werden soll, der Behörde, die seit über einem Jahrzehnt verdächtige Untätigkeit angesichts illegaler Siedlungen und illegalem Holzeinschlag am Standort des REDD-Projekts gezeigt hat, entbehrt nicht einem gewissen Hohn.

Zumal ein Brand im Zusammenhang mit der illegalen Besiedlung des indigenen Territoriums, das einen großen Teil der Reserva Indio Maíz ausmacht, im April 2018 die nationalen Proteste auslöste. Einem Medienbericht zufolge "verdeckt der Streit über die Ursachen des Feuers eine lange Geschichte der Untätigkeit der Regierung in Indio Maíz, die das Feuer praktisch unvermeidlich machte, so sehr, dass bereits 2016 ein Naturschutzbiologe das Feuer bis auf die genaue Ursache vorhergesagt hat - ein Feuer, das von einem Siedler gelegt wurde, der illegal Reis in Palmensümpfen anbaut". Der Bericht stellt weiter fest, dass "die Anwesenheit der Siedler für ein viel größeres Problem als das Feuer selbst spricht: die zügellose Besiedlung eines geschützten indigenen Gebietes". Die anhaltende Untätigkeit der Regierung Nicaraguas im Zusammenhang mit illegaler Besiedlung und Holzgewinnung ist gut dokumentiert. Tatsächlich förderten Regierungsbeamte sogar diese illegalen Siedlungen und die illegale Abholzung innerhalb des Territoriums der Rama-Kriol.

Angesichts des bisherigen Versagens - Kritiker gehen weiter und nennen es einen gezielten Angriff - der Regierung bei der Wahrung der Rechte indigener Völker und von Schutzgebieten sowie im Angesicht der seit über zwei Jahre währenden Gewalt durch die Regierung, liest sich eine Formulierung aus dem Antrag wie "The Government of Nicaragua is well aware of the urgent need to strengthen its presence in the Caribbean Region to reduce deforestation and therefore plans to invest significant budgetary resources in governance, institutions and state-building measures through the Bio-CLIMA Project" wie eine weitere Drohung gegenüber der indigenen Bevölkerung. Eine solche sollte nicht mit internationalen - und auch deutschen - Mitteln gefördert werden.

Allein das völlig indiskutable Ansinnen der Regierung, FPIC erst nach einer Finanzierungszusage durchzuführen wäre für andere mit internationaler Finanzierung geförderte Projekte das Aus. Es offenbart geradezu, dass dieses Vorhaben weder nach akzeptierten Standards Entwaldung stoppen, Klima schützen oder die indigene Bevölkerung stärken soll, sondern lediglich die undemokratische, illegitime Regierung von Präsident Ortega durch eine Finanzspritze weiter im Amt halten soll.

Wir möchten Sie daher bitten, setzen Sie sich dafür ein, dass dieser Antrag gar nicht erst auf die Tagesordnung des Green Climate Funds gesetzt wird. Jede ernsthafte Auseinandersetzung mit dem von dieser Regierung in dieser Art vorgetragenen Projekt würde negativ selbst auf den GCF zurückschlagen und das kann in niemandes Interesse sein.

Mit besten Grüßen



Martin Glöckle